

17./XII. 1918

Steuerflucht und Währungsipetulation.

In ernster Stunde wird vielfeils auf bedenkliche Erscheinungen des Devisenmarktes, vor allem den Tiefstand des Kurzes unserer Währungseinheit aufmerksam gemacht. Die Bewertung der Krone im Ausland wird sicher nicht von nationaler Gefühlshuselei beeinflusst und jeder Besitzer leidet unter dem Tiefstand ihrer Kaufkraft, ob Deutscher, Tscheche oder Südslawe. Wenn nun unsere Währungseinheit gar zum Gegenstand bewusster Spekulation hüten und drücken — man erinnere sich der Triester und Züricher Vorgänge — wird und sich diese Gefahr mit jener verbindet, die uns von der durch die drohende Vermögensabgabe ausgelassen, immer weiter um sich greifenden Steuerflucht droht, dann wird man bald die letzte Hoffnung einer Besserung unserer Finanzlage begraben können. Dies gilt nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die beteiligten Neustaaten selbst, die der Bankrott ihrer Bürger unsehbar mitreißen würde.

Denn bisher blieb uns wenigstens ein Trost: unsere Verschuldung war weit aus vorwiegend eine interne, das ausländische Kapital war infolge äußerer Umstände daran verhindert, auf unserem Rücken mit unserem Geld zu spekulieren. Jetzt aber finden gewissenlose oder überängstliche Kapitalisten aller beteiligten Neustaaten — ob besonders aus den südslawischen Ländern, bleibe dahingestellt — infolge der unzureichenden Abwehrmaßregeln sowie mangels internationaler Einigung reichlich Gelegenheit, unsere Staatspapiere und Noten ins Ausland zu schaffen, nicht so sehr, um sie dort zu verkaufen wie vielmehr zu deponieren und so vor der Vermögensabgabe zu sichern. Wir haben daher zu gewärtigen, daß uns von dort aus, wenn diesen Verschleppungen nicht Einhalt getan wird, seinerzeit ein ungeheures Schuldenkonto neben etwaigen Kriegskosten aufgesetzt werden wird, und zwar gerade dann, wenn wir unsere Finanzlage mit Mühe und Not geordnet zu haben glauben, d. h. wenn der Wert unserer Währungseinheit auf dem Weltmarkt gestiegen sein wird.

Hier kann meines Erachtens nur eine radikale einverständliche Notwehrmaßregel sämtlicher beteiligter Nationalstaaten helfen. Man einige sich unter Zuziehung Deutschlands und der Schweiz auf einen bestimmten, möglichst nahen Termin, bis zu dem alle Staatspapiere und Noten (aus der Kriegszeit), der durch gleiche Währung verbundenen Neustaaten zur Abstempelung (nicht etwa auf Verlust) an gewissen Plätzen präsentiert werden müssen, widrigenfalls die Neustaaten die Garantie für ihre Einlösung ablehnen.

Die ungeheuren Vorteile einer solchen Maßregel liegen auf der Hand: das ausländische Kapital wird sich vorderhand hüten, Schuldtitel zu erwerben, die keinerlei Garantie ihrer Einlösung bieten. Bereits abgeströmte Papiere, bezw. Noten werden reuig zurückkehren und für die Vermögensabgabe fahbar sein; für die einverständliche Einrichtung wirksamer Abwehrmaßregeln gegen den Export abgestempelter Staatspapiere und Noten, besonders vor Leistung der Vermögensabgabe, wird Zeit gewonnen sein. Die so merkwürdig rasch aus dem Verkehr verschwundenen Noten werden auf einmal wieder das Tageslicht sehen, ganz zu schweigen von den Möglichkeiten, die eine geschickte Durchführung der Aktion für die Erfassung des mobilen Kapitals, bezw. Bemessung der Vermögensabgabe eröffnen würde.

Von Anfang an weise ich den Einwand zurück, daß die Durchführung obigen Gedankens an der Möglichkeit der Stempelkäufung scheitern müßte. Traurig wäre es um die moderne Technik bestellt, wenn man es ihr nicht zutrauen wollte, Mittel zu finden, die diese Gefahr zu bannen oder erheblich zu mindern vermöchte. Ganz abgesehen davon, daß uns dann noch immer als äußerstes Mittel zwangsweise Einziehung, bezw. Neuausgabe der Noten bliebe.

Die Zeit drängt: Das ausländische Kapital wird sich vielleicht noch jetzt, sicher nicht mehr, wenn der Prozeß weiter vorgeschritten ist, eine solche Maßregel gefallen lassen. So möchte ich auch in dieser Frage jedem Mitglied der von allen Denkenden sehnlich herbeigewünschten finanziellen Verständigungskommissionen der neuerstandenen Nationalstaaten zurufen: *caveant consules, nequid detrimenti respublica capiat!*

Wien, 12. Dezember 1918

Dr. F. L.

Berlin, 16. Dezember. (Tel. d. „Fremdenblatt“.)
Man telegraphiert aus Zürich: Der Präsident der Bank für Handel und Industrie Wilzel teilte zur Erklärung des Tiefstandes der österreichischen Kronennote mit, es sei ein öffentliches Geheimnis, daß die offiziellen Kurriere der früheren österreichischen Regierung ungezählte Millionen Banknoten nach dem neutralen Auslande verschleppt haben.